

## **Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand**

Herrschaft des Finanzkapitals; EU-Wirtschaftsregierung; Geschlechterdemokratie; Griechenland unter Troika-Diktat; EU-Verfassungspolitik; Unternehmensgewinne und Staatsschulden; Gewerkschaften und Eurokrise; Reichtum und Armut; Finanztransaktionssteuer; EU-Rohstoffpolitik; EU-Beitritt und Souveränität

J. Bischoff, A. Scheele, K. Dräger, G. Kritidis,  
G. Kassimatis, H.-J. Bieling, W. Vontobel, R. Herzog,  
H. Schäppi, V. Pedrina, N. Imboden, R. Erne, U. Mäder,  
P. Wahl, P. Niggli, G. Trepp, H.-J. Fehr

## **Diskussion**

R. Bossart: Atheismus und Religionskritik  
C. Goll: Gewalt gegen Frauen  
H. Schui: Zukunft der Wirtschaftsdemokratie  
P. Angele et al.: Gewerkschaftliches Organizing

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

216 Seiten,  
Einzelheft: Fr. 25.– / € 16.–  
Abonnement (2 Hefte): Fr. 40.– / € 27.–

zu beziehen im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH  
Postfach  
CH - 8031 Zürich  
Tel. / Fax +41 44 273 03 02  
vertrieb@widerspruch.ch  
www.widerspruch.ch

## Diktatur der Finanzmärkte, EU-Krise und Widerstand

Editorial	3	Peter Niggli EU-Rohstoffpolitik und ihre geostrategische Stossrichtung	125
Joachim Bischoff Herrschaft der Finanzmärkte. Die Finanzkrise erfasst Wirtschaft und Gesellschaft	5	Gian Trepp Metropolitanwirtschaft. Neuanfang aus den Trümmern des Finanzkapitalismus	135
Alexandra Scheele Die Stunde der Technokraten. Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik	13	Hans-Jürg Fehr EU-Beitritt heisst Souveränitätsgewinn	141
Klaus Dräger Europäische Wirtschaftsregierung. EU auf dem Weg zum „Deutschen Europa“?	21	<b>Diskussion</b>	
Gregor Kritidis Griechenland unter dem Diktat der Troika. Erosion des politischen Systems, Massenmobilisierung und Demokratiebewegung	37	Rolf Bossart Der Glaube der anderen. Der vulgäre Atheismus und der Niedergang der Religionskritik	153
Giorgos Kassimatis EU verstösst gegen demokratische und europäische Rechtskultur. Zum Kreditabkommen der Troika mit Griechenland	49	Christine Goll Gewalt gegen Frauen. (Noch) ein Politikum in der Schweiz?	165
Hans-Jürgen Bieling EU-Verfassungspolitik und Wirtschaftsregierung. Krisenkonstitutionalismus gegen Volkssouveränität und Demokratie	61	Herbert Schui Wirtschaftsdemokratie als Perspektive	171
Werner Vontobel Unternehmensgewinne zerstören das Finanzsystem	71	Patrick Angele / Adrian Durtschi / Tanja Walliser Organizing in der Schweiz. Wie aus Gewerkschaften eine Bewegung wird	181
Roland Herzog / Hans Schäppi Gemeinsam für eine globale Transformation. Strategien gegen das Finanzkapital	77	<b>Marginalien / Rezensionen</b>	
Vasco Pedrina Gewerkschaften und die Euro-Krise. Zwischen nationalem Rückzug und europäischer Gegenoffensive	89	Sebastian Wolff / Jens Wissel Kämpfe um die institutionelle Struktur der EU. Tagung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG)	189
Natalie Imboden / Roland Erne Allgemeinverbindliche Tarifverträge gegen Sozialdumping. Erfahrungen aus Europa	101	Bernd Röttger Kapitalismus, Hegemoniekrise und neue Landnahme. Zu den fünften Braunschweiger Gramsci-Tagen 2011	193
Ueli Mäder Reichtum und Armut. Vermögensentwicklung in Europa und in der Schweiz	111	WIDE-Arbeitsgruppe Arbeit & Gender / Lilian Fankhauser GENDER MACHT ARBEIT: Zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aus Sicht der Care-Ökonomie	196
Peter Wahl Durchbruch für die Finanztransaktionssteuer. Das Gesetzgebungsverfahren zur EU-Direktive ist gestartet	117	Mark Herkenrath über Nicolas Shaxson: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben	200
		Stephan Tschirren über Erklärung von Bern (Hg.): Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz	203
		Fabian Saner über Oliver Marchart: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy et al.	205
		Zeitschriftenschau	209
		Autorinnen und Autoren	215

## Editorial

Nach der Finanzkrise 2008 hatte man erwartet, dass die Banken mit harten Auflagen reguliert und in ihrer Macht beschränkt würden. Doch drei Jahre später hat das internationale Finanzgeschäft seine unkontrollierte Dynamik längst wiedergewonnen, und die Ungleichgewichte zwischen Real- und Finanzwirtschaft vergrössern sich weiter. So auch in der EU, wo zudem das Gefälle der „Wettbewerbsfähigkeit“ unter den Mitgliedstaaten massiv zugenommen hat – die Spaltungen im „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ sind unverkennbar im Gange, es droht die Auflösung der Euro-Union. Angela Merkel, Bundeskanzlerin des „Exportweltmeisters“ Deutschland, liess sich zur schicksalshaften Warnung hinreissen: „Scheitert der Euro, scheitert die EU“. Mit anderen Worten: Können die Schuldnerländer ihre Euro-Schulden nicht mehr bedienen, so verliert die EU aus Sicht der „starken“ Ökonomien ihre wirtschaftliche Triebfeder und Existenzbasis. So rangen denn all die EU-Gipfeltreffen im Jahre 2011 um die Lösung der „Euro-Schuldenkrise“ mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner kurzfristig sicherzustellen.

Zu tun haben wir es mit „einer Diktatur der Finanzmärkte, die Politik hechelt den Vorgaben der Finanzindustrie nur noch hinterher. Die Parlamente sind entmachtet“ (Oskar Lafontaine). Ihr nationales Haushaltsrecht wird untergraben, ihre Souveränität entscheidend verletzt. Unter dem Druck der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) haben im Herbst 2011 mit Lucas Papademos in Griechenland und Mario Monti in Italien nichtgewählte „Statthalter der Euro-Finanzmärkte, des Bank- und Industriekapitals“ (Oliver Nachtwey) die Macht übernommen. „Weniger Demokratie tut den Pleitestaaten gut“, kommentierte die *Financial Times*.

Damit die hochverschuldeten Länder aber nicht pleitegehen, so der „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger, müsste die Europäische Zentralbank das Finanzsystem mit Euro-Bonds stabilisieren und wären die nationalen Budgets durch das Europäische Parlament zu kontrollieren. Denn die derzeit fließenden Gelder aus dem Euro-Rettungsfonds EFSF hindern die Rating-Agenturen und Banken nicht daran, weiterhin gegen die wirtschaftliche Stabilität von Staaten und Währungen zu spekulieren und dadurch die Krise der Währungsunion zu verschärfen. Pragmatische Lösungen weist jedoch der finanzkapitalistische Mainstream heute weit von sich. Ein umfassender Schuldenschnitt ist nicht geplant. Rudolf Walther erinnert zurecht daran, dass der öffentliche Diskurs von „Verschuldung“ und „Rettung“ eine gleichsam theologische Dimension hat, wie sie Karl Marx im Jahre 1867 bereits beschrieben hat: „Und mit dem Entstehen der Staatsverschuldung tritt an die Stelle der Sünde gegen den heiligen Geist, für die keine Verzeihung ist, der Treubruch an der Staatsschuld.“

Der Sünde vergangener „Masslosigkeit“ folgt die wirtschaftliche und soziale Strangulierung der hochverschuldeten Länder. „Wer Gelder aus dem Euro-Rettungsfonds bezieht, bekommt das (...) Regierungsprogramm gleich mitgeliefert“ (Ingo Schmidt). Willfähige Eliten setzen die Austeritätsmassnahmen um – mit drastischen Folgen für die einkommensschwachen Bevölkerungsmehrheiten und für die Care-Ökonomie (Massenentlassung, Lohnsenkung, Steuererhöhung, Sozialabbau, Privatisierung), ebenso für die lokalen Wirtschaften, deren Wachstumsbasis zerfällt. Dagegen richten sich anhaltende Proteste, und demokratische Bewegungen bauen Widerstandsdispositive auf, vielerorts auch ausserhalb der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Während die meisten Regierungs- und Oppositionsparteien in der Europapolitik zerstritten sind, gewinnt die aggressive EU-Feindschaft rechtspopulistischer, rechtsnationaler und neofaschistischer Parteien an Boden. Durch Europa zieht sich „ein Riss, weniger zwischen Nationen als zwischen oben und unten, reich und arm. Solidarität, die Waffe der sozial Schwachen, ist stumpf geworden“ (Elmar Altvater).

Die Euro-Krise treibt den Kurs des Schweizer Frankens in die Höhe, was den Finanzplatz und die Spekulationsgeschäfte der Grossbanken beflügelt, dem Industrie- und Dienstleistungsstandort aber schadet und tausende Arbeitsplätze gefährdet. In der Kritik stehen die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank und halbherzige „Hilfspakete“ des Bundesrats. Seit Beginn der Euro-Krise melden sich rechtsbürgerliche EU-Gegner/innen vermehrt zu Wort und verschärfen ihre Kritik an der „EU-Bürokratie“, an der „Fehlkonstruktion Euro“. Obschon die exportorientierten Teile der Wirtschaft jahrelang von der Kaufkraft des EU-Binnenraums, von Einheitswährung, vereinfachter Produkteanerkennung und Personenfreizügigkeit profitiert haben, schrumpft der Kreis der dezidierten Befürworter/innen einer vertraglichen Zusammenarbeit mit der EU – geschweige denn eines EU-Beitritts der Schweiz. Auf die Tatsache, dass die Akzeptanz der bilateralen Verträge im EU-Raum sinkt, findet die politische Klasse keine Antwort. Solidarität mit den vom Austeritätsdiktat betroffenen Bevölkerungen ist in der Medienöffentlichkeit kaum ein Thema. Stattdessen dominieren kleinräumige Problemlösungen: Parteien überbieten sich mit Bekenntnissen zur „Schweiz“, zur „Heimat“. Derweil Wirtschaftsunternehmen ihre Währungsverluste auf die Beschäftigten abwälzen, mit Lohnkürzungen, längeren Arbeitszeiten und Entlassungen.

Die Beiträge dieses Themenschwerpunkts beleuchten ausgewählte Aspekte der aktuellen Krisendynamik: internationale Finanzmärkte, Finanztransaktionssteuer und Rohstoffgeschäft; EU-Wirtschaftsregierung und EU-Verfassung; Reichtum und Verarmung, Geschlechterdemokratie und Gewerkschaftspolitik in Europa und der Schweiz. Neben kritischen Analysen skizzieren sie Ansätze zu Gegenstrategien. Im Diskussionsteil intervenieren Beiträge in aktuelle Debatten.